

SOZIALE UND POLITISCHE RECHTE ALS BEDINGUNG FÜR EINE FREIE GESELLSCHAFT

1.

Verehrte Vorsitzende des Lenkungsausschusses des Petersburger Dialogs, Herr Lothar de Maizière und Wiktor Alexejewitsch Subkow!

Verehrte Teilnehmer und Gäste dieses Forums!

Ich begrüße Sie im Namen der russischen Delegation, im Namen des russischen Föderationsrates und natürlich im Namen der Stadt St. Petersburg, deren Legislative ich im Oberhaus des russischen Parlaments vertrete und die unserem Forum seinen Namen gegeben hat.

Ich möchte den Organisatoren dieser Veranstaltung aufrichtig für die Freundlichkeit, die Gastfreundschaft und Herzlichkeit danken, mit der Sie uns begrüßt haben.

Das Thema des 13. Petersburger Dialogs **„Soziale und politische Rechte als Bedingung für eine freie Gesellschaft“** ist heute von besonderer Aktualität. Die Wirtschaftskrise, die einige europäische Staaten dazu veranlasst hat, ihre sozialen Verpflichtungen zu vergessen, hat das akute Problem der Interdependenz zwischen der Freiheit des Bürgers und seiner sozialen Absicherung in den Fokus gerückt.

Am 12. Dezember werden wir in Russland das **20-jährige Jubiläum der geltenden Verfassung der Russischen Föderation** feiern. 20 Jahre alt wird auch der **moderne russische Parlamentarismus**. Seit 20 Jahren arbeiten der Föderationsrat und die Staatsduma, die zwei Kammern des russischen Parlaments – der Föderationsversammlung. Und in dieser ganzen Zeit standen **vorrangig und beständig politische und soziale Rechte im Fokus unserer Aufmerksamkeit**.

Der **demokratische und rechtsstaatliche Charakter** des russischen Staates wird im **ersten Artikel** der Verfassung festgelegt. Der **zweite Artikel** besagt, dass **der Mensch, seine Rechte und Freiheiten die wichtigsten Werte** sind. Der siebte Artikel erklärt Russland zum **Sozialstaat**, „dessen Politik auf die Schaffung von Bedingungen zielt, die ein würdevolles Leben und die freie Entwicklung des Menschen sicherstellen sollen“.

Dieselben **fundamentalen Prinzipien liegen dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zugrunde**. Nach **Artikel 20** des Grundgesetzes ist Deutschland **„ein demokratischer und sozialer Staat, in dem alle Macht vom Volke ausgeht“**. Der Sozialstaat – das ist nicht nur ein schönes Wort, das ist ein sehr wichtiger rechtlicher und sogar philosophischer Begriff. Seine Bedeutung liegt darin, dass sich der Staat nicht auf die Verabschiedung von Gesetzen und deren Kontrolle beschränkt. **Der Sozialstaat übernimmt im Namen der Gesellschaft auch die Verantwortung für das Wohlergehen seiner**

Bürger. D.h. es handelt sich nicht nur um einen strengen und gerechten, sondern auch um einen **nicht gleichgültigen und mildherzigen Staat.**

Als Sozialstaat bezeichnen sich heute nicht nur Russland und Deutschland, sondern auch Japan, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Schweden. Darüber hinaus sind einige Politologen der Meinung, dass heute faktisch alle modernen demokratischen Staaten in dem einen oder anderen Maße als Sozialstaaten bezeichnet werden können.

Dabei besteht der Begriff „Sozialstaat“ historisch gesehen noch nicht so lange. **Zum ersten Mal hat ihn im Jahr 1850 der bedeutende deutsche Rechtswissenschaftler Lorenz von Stein formuliert.** Übrigens wurde dieser im Dezember 1874 zum korrespondierenden Mitglied der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg ernannt...

2.

Verehrte Freunde!

Ich sagte bereits, dass ich im Föderationsrat, dem Oberhaus des russischen Parlaments, die Stadt St. Petersburg vertrete. Diese Stadt hat nicht zufällig diesem breit angelegten russisch-deutschen Dialog ihren Namen gegeben. Ihr Name – vom Ursprung her deutsch – ist als **Symbol für den zivilisatorischen Durchbruch Russlands** in die russische Sprache und Geschichte eingegangen. Peter der Große hat sich nie dafür geschämt, zu lernen – bei den Deutschen, den Holländern, den Engländern –, weil er zum Wohle der Größe und des Gedeihens Russlands gelernt hat. Und verdienstermaßen rühmen wir uns der Namen herausragender Staatsmänner und Militärs, wie **Ostermann und Münnich, Barclay de Toly und Nesselrode**; von Kindheit an halten wir die großen Pioniere **Krusenstiern und Bellingshausen in Ihren**, schwärmen wir vom russischen Anfang des genialen **Leonhard Euler**, wiederholen wir die bemerkenswerten Worte „**Beeilt Euch, Gutes zu tun**“, die von dem Arzt **Fjodor Petrowitsch (Friedrich Joseph) Haas** stammen. Dieser wurde von seinen Zeitgenossen „**heiliger Doktor**“ genannt. Ja, was soll man sagen – die Autoren der geltenden Verfassung St. Petersburgs haben niemals verheimlicht, dass sie entscheidende methodische Hilfe dadurch erhalten haben, indem sie die Verfassung der Stadt Hamburg studiert und sich an der demokratischen und rechtstaatlichen Erfahrung der Hamburger Gesetzgebung orientiert haben.

Als ich an diesem Vortrag gearbeitet habe, habe ich einige Seiten durchgeblättert, auf denen kluge Gedanken zu den politischen Rechten geschrieben stehen. Z.B. diese sehr treffenden Worte: „**Politische Freiheit bedeutet die Freiheit des Volkes, über seine öffentlichen und staatlichen Angelegenheiten zu verfügen... Politische Freiheit bedeutet das Recht des Volkes, selbst seine Beamten auszuwählen, alle für die Diskussion aller staatlichen**

Angelegenheiten notwendigen Versammlungen abzuhalten und ohne Erlaubnis jedes beliebige Buch und Zeitung herauszugeben.“ Diese Worte stammen von einem bekannten russischen Politiker, in dessen Adern übrigens auch deutsches Blut floss. Und genannt wurde er **Wladimir Uljanow (Lenin)**. Noch tiefgründigere und präzisere Worte, die soziale und wirtschaftliche Rechte erörtern, hat eine andere herausragende Persönlichkeit aus Deutschland gefunden – **Karl Marx**. Gerade seine Ideen haben Lenin und seine Mitkämpfer zu einem grandiosen politischen Experiment inspiriert.

Dies ist ein erstaunliches und lehrreiches Paradoxon. Sie haben über politische Rechte absolut richtig gedacht und von der sozialen Gerechtigkeit geträumt, aber etwas vollkommen Anderes geschaffen. Ich und Menschen meiner und der älteren Generation können sich gut daran erinnern, wie stolz wir auf die sowjetische Verfassung waren, wie wir Überlegungen darüber angestellt haben, dass die bürgerliche Demokratie nur die politischen Freiheiten proklamierte, aber unsere, die sowjetische, auch die sozialen Rechte garantierte. In Wahrheit aber – angeblich im Namen der sozialen Gerechtigkeit – haben sie „die freieste Verfassung der Welt“ in einen Schutzschild für ein bürokratisches Einparteiensystem verwandelt. Und plötzlich haben wir verstanden, dass **wir beim Fehlen von politischen und wirtschaftlichen Rechten die soziale Gleichheit in Armut und Rechtlosigkeit verwandelt hatten**, dass die Wirtschaft nicht mit den modernen Herausforderungen zurechtkam und dass die Losung „alles im Namen des Menschen, alles zum Wohl des Menschen“ nur auf dem Papier stand.

Aber wir erinnern uns auch an etwas Anderes. Wir erinnern uns, wie wir, nachdem wir uns vom Einparteiensystem und der administrativ-bürokratischen Wirtschaft befreit hatten, mit Begeisterung in die Umarmung der Demokratie und des freien Marktes geworfen haben. Ich sage sogar Folgendes: Vor 20 Jahren gehörte es unter denen, die wirklich an die Macht gekommen sind, **zum schlechten Ton, von sozialen Rechten und dem sozialen Schutz von minderbegüterten Bürgern zu sprechen**. So wie sie vorher aus der sozialen Gerechtigkeit ein Götzenbild geformt hatten, beteten sie nun den Markt an. Sie glaubten, dass die Hand des Marktes von selbst, wie durch Zauberei, das Land reich machen wird, dass der Staat sich nicht in die Wirtschaft einmischen dürfe, weil der freie Wettbewerb um Einiges besser ein glückliches Leben sicherstellen könne. Und ziemlich schnell sind wir zu einem kolossalen gesellschaftlichen Zerfall gelangt, zum Triumph des oligarchischen Egoismus, zum verantwortungslosen Verhalten der Neureichen und erneut zu Armut und Rechtlosigkeit.

Als Wladimir Putin im Jahr 2000 der Präsident Russlands wurde, hat er vor allem dazu aufgerufen, den verantwortungslosen Kampf der frischgebackenen Eigentümer um den Zugang zum öffentlichen Besitz Russlands zu beenden. Damals wurde zum ersten Mal klar

formuliert, dass **die Geschäftswelt soziale Verantwortung tragen sollte** und dass die Prinzipien der Demokratie und des freien Marktes nicht in den freien Handel mit der Demokratie zugunsten der Oligarchen verwandelt werden dürften.

Wahrscheinlich können sie sich daran erinnern, dass **einer der ersten offiziellen Auftritte unseres Präsidenten im Bundestag stattfand. Die sozialen und politischen Erfahrungen Deutschlands sind sehr wichtig für die russische Führung.** Ich spreche von den Erfahrungen eines hoch entwickelten Sozialstaates, und damit auch von **den Erfahrungen beim Austausch und der konstruktiven Zusammenarbeit wichtiger politischer Richtungen** – der konservativen, der liberalen und der sozialdemokratischen. Deshalb begrüße ich heute **von Herzen den baldigen Beginn der Arbeit der Großen Koalition, die von der CDU/CSU und der sozialdemokratischen Partei gebildet worden ist**, und wünsche der neuen Bundesregierung Deutschlands viel Erfolg bei der Arbeit.

3.

Im Moment wird eine neue Rezessionswelle in der Welt und Europa diskutiert. **Das wirtschaftliche Wachstum hat sich auch bei uns in Russland verlangsamt.** Wir suchen nach Möglichkeiten, den Haushalt aufzufüllen. Wir werden Entscheidungen treffen müssen, die nicht einfach sind. Aber **die von uns in den letzten zwölf Jahren gesammelten Erfahrungen beim Schutz sozialer und politischer Rechte legen die Prioritäten unserer Politik fest.**

Während der Kampagne zur Präsidentschaftswahl 2012 hat **Wladimir Putin ein Programm zur strategischen Entwicklung des Landes** vorgeschlagen. Dieses schließt Aufgaben der Innen- und Außenpolitik mit ein, die Entwicklung der Wissenschaften und Bildung sowie Sicherheitsfragen. Aber **von besonderer Bedeutung sind die Verpflichtungen zum Schutz der sozialen und politischen Rechte der Bürger.**

Diese Verpflichtungen werden konsequent erfüllt, trotz aller objektiven Schwierigkeiten. Ja, die Wirtschaftswissenschaftler stellen eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums fest. Die Regierung muss sorgsamer an die Haushaltsplanung herangehen. Allerdings **hat der Präsident unseres Landes ausdrücklich davor gewarnt, dass sich die Einschränkungen nicht auf die sozialen Verpflichtungen des Staates auswirken dürften**, die nach dem Amtsantritt Wladimir Putins durch seine **Ukase vom Mai 2012** festgelegt wurden. Dies sind Fragen der sozialen Absicherung und Bildung, der Kranken- und Rentenversicherung.

Wie Sie wissen, kann man das politische Leben in Russland nicht unbekümmert nennen. Es gibt Menschen, die ihre Unzufriedenheit mit der herrschenden politischen Führung äußern und die sie beschuldigen, Bürger- und politische Freiheiten abzutragen. Zudem **hat in den**

letzten anderthalb Jahren ein ernsthafter Wandel im politischen Leben stattgefunden. Alle diese Veränderungen zielen **auf den Schutz der politischen Rechte und auf die weitere Umsetzung der Bürgerrechte** ab.

Es gibt erleichterte Bedingungen zur Gründung neuer politischer Parteien: neue Parteien werden gegründet, nehmen an Wahlen teil und einige erzielen Erfolge – im Moment noch auf der regionalen Ebene. Im Großteil der russischen Regionen **erfolgt die Zuweisung von Vollmachten an die Gouverneure nun durch Volkswahlen.** Hierbei ist der Prozess der Kandidatenernennung für das Gouverneursamt näher an die Wähler gerückt. Deshalb hängt dieser Vorgang nicht nur von den politischen Parteien ab, sondern auch von engagierten Bürgergruppen und, was sehr wichtig ist, **von der Position der Abgeordneten auf der kommunalen Ebene**, d.h. von den Abgeordneten, die unmittelbar und tagtäglich im Kontakt mit ihren Wählern stehen und deren persönliche Interessen, Leiden und Probleme verstehen. Ernst zunehmende Veränderungen wurden bei der Wahlgesetzgebung vorgenommen. Die Gesetzesnovellen **erweitern die Rechte der Bürger bei der Aufstellung von Kandidaten und bei der Stimmabgabe für diese sowohl über Parteilisten als auch über Wahlkreismandate.** Unter die direkte Kontrolle der Wähler wurde nun auch die Bildung des Föderationsrats gestellt. Gemäß der Verfassung wird er aus den Organen der Exekutive und Legislative der Regionen gebildet. Doch nun **müssen sowohl die Vertreter der gesetzgebenden Organe als auch die von den Gouverneuren ernannten Kandidaten eine Abstimmung durch die Wähler durchlaufen.**

Verehrte Kollegen!

Ich möchte einige Worte darüber sagen, welche Rolle das russische Parlament und sein Oberhaus, der Föderationsrat, den ich heute ehrenwerterweise vertreten darf, bei der Realisierung unserer **staatlich-politischen Strategie im Bereich der sozialen und politischen Rechte** spielen.

Wie ich bereits sagte, **werden der Mensch, seine Rechte und Freiheiten in der Verfassung Russlands als höchste Werteproklamiert.** Deshalb ist die tägliche Gesetzesarbeit unseres Parlaments **der beständige Abgleich aller Artikel der Gesetzesprojekte, die vorbereitet werden, mit der Verfassung Russlands** und den Grundlagen der verfassungsmäßigen Ordnung der Russischen Föderation. Dies bedeutet, dass **alle Gesetze des Landes eine gründliche Überprüfung bezüglich des Schutzes politischer und sozialer Rechte durchlaufen.**

Der Föderationsrat, so könnte man sagen, vereinigt in sich die Funktion des Senats, des Oberhauses des Parlaments, und **eines so einmaligen Organs zur Vertretung der**

Föderationssubjekte wie der Bundesrat Deutschlands. Deshalb überwacht er beständig die Gesetzgebung und Rechtsanwendungspraxis sowohl in Russland im Ganzen als auch in den einzelnen Regionen des Landes. Das heißt, uns interessiert **die Sicherung der politischen und sozialen Rechte auf der föderalen Ebene wie auch, unter Berücksichtigung der spezifischen Interessen jeder Region, die Rechte und Freiheiten jeder Person.**

Gerade deshalb arbeiten wir eng mit dem Beauftragten für Menschenrechte der Russischen Föderation zusammen, er trägt einmal im Jahr unserer Kammer einen Bericht vor.

Ebenso bereitet der Föderationsrat gemeinsam mit regionalen Gesetzgebern, Vertretern der Exekutivorgane und zivilgesellschaftlichen wie wissenschaftlichen Vereinigungen einen jährlichen Bericht „Über den Zustand der Gesetzgebung in der Russischen Föderation“ vor. Im Bericht liegt der Fokus auf der Umsetzung von Prioritäten der staatlichen Politik und den Garantien für die Einhaltung der verfassungsmäßigen Rechte des Menschen und Bürgers. Die Ergebnisse der Überprüfung dienen als Grundlage bei der Vorbereitung von Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Gesetzgebung in Bezug auf den Schutz von sozialen und politischen Menschenrechten.

Gerade aus diesem Blickwinkel möchte ich kurz bei einigen **Ergebnissen der Gesetzestätigkeit des russischen Parlaments als Mechanismus des Schutzes und der vollwertigen Umsetzung von sozialen und politischen Rechten** verweilen.

Allein in den letzten Jahren wurden so wichtige Gesetze erlassen, die **auf die Sicherung der wichtigsten sozialen Rechte unterschiedlicher Kategorien von Bürgern** zielten, wie die Gesetze über die Grundlagen zur Gesundheitsvorsorge der Bürger und über die Bildung in der Russischen Föderation. Im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Konvention zu den **Rechten von Menschen mit Behinderungen** wurde das **staatliche Programm „Barrierefreie Umwelt“** ausgearbeitet. Im Rahmen der verstärkten staatlichen Unterstützung älterer Mitbürger wurde die **Strategie der langfristigen Entwicklung des Rentensystems der Russischen Föderation** vorbereitet und realisiert. In Kraft gesetzt wurde die **Nationale Aktionsstrategie für die Interessen der Kinder und vergleichbare Strategien und Programme in den Regionen Russlands.** Die Institution des Kinder-Ombudsmannes hat ihre Arbeit aufgenommen. Die Fragen der **familiären Eingliederung von Waisen** sind für uns aktuell geworden. Hierfür werden Maßnahmen umgesetzt, die der sozialen Verwaisung vorbeugen und russische Familien zur Adoption motivieren sollen.

Ich habe bereits von den großen positiven Veränderungen hinsichtlich der geschaffenen Bedingungen zur Umsetzung politischer Menschenrechte und zur Aktivierung der Bürger gesprochen. Und sagen wir es direkt, diese Veränderungen lassen es nicht zu, dass

wir uns mit der übermäßig kritischen Einstellung einverstanden erklären, die man sich manchmal auf internationalen Plattformen erlaubt, auf denen die politische Situation in Russland diskutiert wird. Übrigens hat Kritik noch nie jemanden gestört, aber damit sie objektiver wird, erwähne ich noch einige Ergebnisse unserer Arbeit, die meiner Meinung nach eine wohlwollende Aufmerksamkeit verdient haben.

Eines unserer ernsthaftesten Probleme, das sowohl in Russland als auch bei den ausländischen Kommentatoren Besorgnis hervorruft, ist die **Humanisierung des Justizsystems**. Die Situation hier ist schwierig, aber allmählich beginnt sie sich zum Besseren zu verändern. Wir beschäftigen uns mit der Entwicklung einer **Institution der gesellschaftlichen Kontrolle über die Gewährleistung von Menschenrechten in Verwahranstalten**. In den Regionen werden Beobachtungskommissionen mit der Beteiligung von Menschenrechtlern, Juristen und Ärzten eingesetzt, ihre Tätigkeit wird von der Gesellschaftskammer der Russischen Föderation koordiniert. Zurzeit wird ein Amnestieprojekt im Zusammenhang mit dem 20-jährigen Jubiläum der russischen Verfassung vorbereitet.

Eine größere Bedeutung messen wir der Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Staat und der Gesellschaft bei und der Schaffung der Bedingungen, welche das Potential des zivilbürgerlichen Engagements freisetzen helfen. Die Zivilgesellschaft wird **immer engagierter, bemerkbarer und stärker von den Menschen genutzt**. Dabei handelt es nicht nur um die medial aufgebauchten Protestaktionen in Moskau und St. Petersburg. Bei uns sind ca. 220.000 nichtkommerzielle Nichtregierungsorganisationen aktiv. Ihre Arbeitsrichtung ist die Wohltätigkeit, der Natur- und Denkmalschutz, der Kampf gegen Waldbrände und die Suche nach vermissten Personen. **Ausgenommen wichtig ist auch die Beteiligung der Institutionen der Zivilgesellschaft an der Umsetzung der Sozialpolitik, der Wohlfahrt und der Unterstützung sozialschwacher Bürger.** Seinerseits **unterstützt der Staat eine solche Gesellschaftsordnung, teilt solide Geldmittel zur Finanzierung nichtkommerzieller Organisationen zu** und organisiert für diese Wettbewerbe um den Bezug staatlicher Zuschüsse.

Noch eine weitere äußerst wichtige Aufgabe ist für uns **die Entwicklung der „elektronischen Demokratie“ und eine erhöhte Transparenz und Zugänglichkeit der Staatsführung**. Ausgebaut wurden Webcasts aus Wahllokalen; dies hilft dabei, die Risiken von Wahlunregelmäßigkeiten einzuschränken. Die Führung Russlands verfolgt die Linie der erweiterten Beteiligung der Bürger und ihrer Vereinigung bei der Regelung und Vorbereitung von Entscheidungen, z.B. **durch die Entwicklung eines Systems gesellschaftlicher**

Überprüfung von Gesetzesprojekten, durch Befragungen und Diskussionen der Vorschläge, durch Ratschläge und Empfehlungen der Bürger.

4.

Unsere tägliche Praxis führt uns zu einer unausweichlichen Schlussfolgerung. Wenn wir wollen, dass unsere Bürger in einer wirklich freien Gesellschaft leben, dann sind wir dazu verpflichtet, **uns um die sozialen und politischen Rechte in deren Gesamtheit zu kümmern.**

Deshalb sind die einen nicht von den anderen zu trennen. **Es ist unmöglich, Armut zu besiegen und soziale Ungerechtigkeit zu beseitigen, wenn man die politischen Rechte und Freiheiten des Menschen einschränkt.**

Aber es ist auch unmöglich, eine vollwertige Demokratie in einer sozial gespaltenen Gesellschaft zu garantieren, weil die brutale soziale Spaltung dazuführt, dass es praktisch unmöglich ist, sich derjenigen Rechte und Freiheiten zu bedienen, die sogar von den demokratischsten Gesetzen eingeräumt werden.

Ich möchte die Erfahrungen St. Petersburgs und der Gesetzgebenden Versammlung mit Ihnen teilen, der ich für zwei Perioden in Folge vorgesessen bin. Wie ich bereits sagte, haben die Autoren bei der Vorbereitung der Verfassung St. Petersburgs aktiv auf internationale Erfahrungswerte zurückgegriffen, darunter auch auf die Hamburgs. Ich kann sagen, dass wir stolz darauf waren, wie das Grundgesetz in St. Petersburg gelungen ist – ein Dokument von gutem europäischem Standard. **Die Mechanismen zur Umsetzung von politischen Rechten und Freiheiten wurden in unserer Verfassung sehr gründlich ausgearbeitet.**

Ich durfte mich mehrfach an völlig verschiedenen politischen Prozessen in St. Petersburg beteiligen, von der kommunalen bis zur föderalen Ebene. Und unsere Verfassung hat ein gebührendes Maß an politischer Konkurrenz gewährleistet. Ich sage nur: im Petersburger Parlament war „Einiges Russland“, deren regionaler Abteilung ich vorstehe, niemals eine Partei mit absoluter Mehrheit; wir mussten im Gegensatz zu vielen Regionen eine Koalitionskultur entwickeln.

Und indem ich mich auf diese ausnehmend ernst zunehmende Erfahrung stütze, kann ich heute bestätigen, dass nicht die demokratischste Gesetzgebung und nicht die offenste Politik das zu gewährleisten vermögen, weshalb uns die Menschen wählen: **Glück und Wohlstand der Bürger.**

Wir haben uns hier an Russen und Deutsche erinnert, aber nun möchte mit positiven Worten eines Amerikaners gedenken. Ich meine den zu Unrecht vergessenen Präsidenten der USA, Lyndon B. Johnson. Gerade dieser hat sich Mitte der 60er Jahre mit der Botschaft „Kampf der

Armut“ an das Volk gewandt. Mit dieser Botschaft wurde gesagt: **Armut ist nicht bloß ein Unglück, sondern ein richtiger Gegner, ein politischer Gegner der Gesellschaft und des Staates.** Mit diesem muss tatsächlich ein Krieg geführt werden, indem man die Macht des Gesetzes und alle Möglichkeiten der Gesellschaft und des Staates ausschöpft.

Wir haben uns im Petersburger Parlament den Erfahrungen Johnsons zugewandt, als wir die Arbeit am **Sozialen Kodex St. Petersburgs** begonnen haben. Dieser ist übrigens eines der ersten Gesetzesakte in Russland, der **alle geltenden Normen und Regeln sowie Mechanismen des Sozialschutzes und -hilfe** auf der regionalen Ebene zusammenfasst. Jeder Petersburger kann, wenn er in dieses Dokument sieht, ein Gesetz über sich selbst finden: eine Norm der regionalen Gesetzgebung, welche die eine oder andere soziale Unterstützung garantiert für Familien mit Kindern, Invaliden, Pensionäre, Studenten und diejenigen, die in der Familie Nachwuchs erhalten haben usw. Nun wird die Praxis St. Petersburgs auch in anderen Föderationssubjekten übernommen.

Anfangs sagten einige unserer Gegner, dass wir lediglich lang bestehende Bestimmungen in einem Dokument zusammenfassen würden. Jedoch wurde Folgendes klar, nachdem diese Arbeit trotzdem vollendet worden war. **Der Soziale Kodex, so wie auch jedes andere Gesetz, ist nicht nur eine Sammlung von Normen und Regeln, sondern vor allem Moral und Philosophie.** Wir haben den Kodex nicht nur eingeführt, um Ordnung in die Unterlagen zu bringen, obwohl es mit seiner Verabschiedung für unsere Bürger um Einiges leichter wurde, sich damit auseinanderzusetzen, worauf er ein Recht hat und wie der das erhält, was ihm gemäß dem Recht zusteht.

Wir haben am Sozialen Kodex gearbeitet, weil wir an sehr umfassende Aufgaben gedacht haben. Der große russische Schriftsteller **Alexander Solschenizyn** hat **die Aufgabe der Erhaltung des Volkes die wichtigste aller staatlichen und nationalen Aufgaben** genannt.

Was ist die Erhaltung des Volkes? Das ist nicht einfach die Sorge um die Wahrung seiner zahlenmäßigen Stärke. Das ist die gewaltige gemeinsame Arbeit zum Wohle seines Geistes, seiner Kultur, seines Wissens, seiner Gesundheit und des Schutzes der Rechte und Freiheiten jedes Gesellschaftsmitglieds. **Und das ist, wovon ich sprechen möchte, verehrte Teilnehmer des Forums.** Vor uns steht die Aufgabe mit gemeinsamen Anstrengungen die Informations-, Umwelt- und energiesparenden Technologien zu entwickeln. Ich glaube, um Alexander Solschenizyn zu paraphrasieren, **dass wir berechtigt sind, von den volksbewahrenden Technologien als den wichtigsten Technologien einer modernen Zivilisation zu sprechen.**

5.

Verehrte Freunde!

Wir gehen davon aus, dass **Russland ein essentieller Bestandteil Europas ist**. Deshalb müssen wir so schnell wie möglich das überwinden, was uns trennt. Denn ohne dies können wir das Leben unserer Völker nicht sicherer, komfortabler und reicher machen.

Das Problem der Grenzen und Teilungen ist sehr **vieldeutig**. Sowohl wir als auch Sie **werden mit einem gewaltigen Komplex sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Widersprüche konfrontiert werden, die aus der Offenheit der modernen Welt für Migrationsströme folgen**. Sowohl wir als auch Sie wissen, mit welchem Feingefühl man an die Behebung dieser Widersprüche herangehen muss, wie gefährlich es auf der einen Seite ist, bei radikalen Emotionen, Xenophobie und Intoleranz am Zügel zu gehen, und wie kurzsichtig andererseits, die Tiefe dieser Widersprüche zu unterschätzen und sich der Lösung unangenehmer Konflikte zu entziehen, die manchmal aus der Koexistenz unterschiedlicher Kulturen und Mentalitäten auf einem Territorium resultieren.

Dennoch verstärken diese nicht einfachen Fragen, die wir in der Migrationspolitik lösen müssen, nur unser Bedürfnis, **die unnötigen Hemmnisse dort abzubauen, wo sie keinerlei Grundlage besitzen**.

Wir haben heute viel von der europäischen Zukunft Russlands gesprochen, über die eng beieinander liegenden zivilisatorischen Zugänge Russlands und Deutschlands. Sie wissen, dass St. Petersburg zur Realisierung des politischen Willens der russischen Führung einen ersten Schritt in Richtung eines visafreien Regimes getan hat: heute genießen die Teilnehmer von Kreuzfahrten, die den Petersburger Hafen anlaufen, das Recht eines visafreien Aufenthalts von 72 Stunden in unserer Stadt. Wir rechnen sehr damit, dass in Kürze europäische Hauptstädte, die mit unserer Stadt über die Ostsee verbunden sind, denselben Weg beschreiten werden, und russische Passagiere von Fährschiffen sich drei Tage ohne Visa in Tallinn, Helsinki, Stockholm und im deutschen Saßnitz, wohin seit Kurzem eine Fährschiffstrecke aus Ust-Luga führt, aufhalten können. **Deshalb erscheinen uns die Visabarrieren zwischen uns europäischen Nachbarn umso weniger verständlich**.

Natürlich gibt es bestimmte Widersprüche in unseren Herangehensweisen an Probleme politischer, wirtschaftlicher und historischer Natur, und wir haben mit unseren Partnern unterschiedliche, manchmal sogar gegensätzliche Sichtweisen und Einschätzungen.

Und dennoch bin ich überzeugt, dass es um Einiges mehr gibt, was uns alle vereint.

Vor nicht langer Zeit hat der Präsident Russlands, Wladimir Putin, von den geistigen Grundfesten der russischen Gesellschaft gesprochen. Ich bin sicher, dass **die geistigen und**

moralischen Grundlagen des Lebens unseres und des deutschen Volkes in den wichtigsten Punkten ähnlich sind: in der Sorge um den Menschen, in der humanistischen Einstellung zum Menschen, in der Solidarität und der gegenseitigen Unterstützung.

Einigen wir uns darauf, dass heutzutage **das Niveau der Zivilisiertheit einer Gesellschaft, ihrer geistigen Reife und ihres Wohlstands vor allem daran gemessen wird, wie human sie ist.** Und damit er sich zu Recht für groß, stark und mutig halten darf, **muss ein Staat menschlich sein.** Damit aber Bürger offen füreinander sind, sich gegenseitig wertschätzen und einander helfen, **müssen sie davon überzeugt sein, dass ihre Meinung bedeutsam ist, dass ihre Position geschätzt wird und dass ihre bürgerlichen Rechte und politischen Freiheiten geschützt werden.**

Lassen Sie uns gemeinsam zum Wohle unserer Völker arbeiten, im Namen der hohen Ideale der Freiheit und gestützt auf unsere großen historischen und kulturellen Beispiele.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Übersetzung ins Deutsche Christine Loran